

1. In aller Kürze..... 1
 2. Aus Vorstand und Geschäftsstelle..... 2
 3. Aus den Fachbereichen..... 3
 4. Lesenswertes..... 4
 5. Termine auf einen Blick..... 5
 6. Hilfreiche Tipps.....6
 7. Impressum.....6

1. In aller Kürze

25. Mai 2005:

Atomtransporte nach Ahaus stoppen

In der Zeit von Ende Mai (wahrscheinlich 30.05.) bis Mitte Juni sollen vermutlich die LKW-Castortransporte von Dresden-Rossendorf nach Ahaus rollen.

Infos über Protestaktionen gibt es u. a. unter <http://www.bi-ahaus.de/>, <http://www.castorstopp-dresden.de> und <http://www.nixfaehrtmehr.de>.

20. Mai 2005:

Uhde leugnet eigene Verantwortlichkeit für deutschen Nuklearexport

Angeblich sind es nur "Hilfs- und Nebenanlagen", ein paar "Dampf- und Druckluftsysteme", ein Kühlturm, sowie "Planungs-, Einkaufs-, Bau- und Montage- und Inbetriebnahme-leistungen", die die Dortmunder Firma in Südafrika erbringen will. Was genau in Betrieb gehen soll, darüber spricht Uhde nicht so gerne. Es ist die nukleare Brennelementefabrik für den geplanten Hochtemperaturreaktor in Südafrika. Für die in Deutschland kläglich gescheiterte Atomkraftvariante werden zwei Komponenten

benötigt. Einerseits der Reaktor selbst und andererseits seine Brennstofffabrik. Nur beides zusammen ergibt einen Sinn; es sind zwei Seiten derselben Medaille. Da kann man sich nicht mit ein paar Hinweisen auf erstklassige Rohre "Made in Germany" herausreden. Oder damit, dass es selbstverständlich in Südafrika noch andere Vertragspartner geben muss, um das nukleare Projekt in diesem Land realisieren zu können. (Aus einer Pressemitteilung vom 20.5.05 der BI Umweltschutz Hamm e.V., einer Mitgliedsinitiative des BBU. Infos unter www.thtr-a.de).

11. Mai 2005:

AKW Obrigheim ist vom Netz

Am Mittwoch wurde mit der Abschaltung des AKW Obrigheim das älteste kommerziell betriebene Atomkraftwerk Deutschlands vom Netz genommen. Um 7.58 Uhr wurde das Kernkraftwerk Obrigheim (KWO) für immer heruntergefahren, teilte der Betreiber, die Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) in Karlsruhe, mit. In seinen rund 37 Jahren Laufzeit wurden im KWO rund 90 Milliarden Kilowattstunden Strom produziert und damit gut 850.000 Haushalte mit Energie versorgt.

der nach dem Atomkonsens stillgelegt wird. Nach dem Abschalten wird es rund 15 Jahre dauern, bis das Kraftwerk wirklich stillgelegt ist. In den kommenden zwei Jahren muss der Meiler zunächst auf die endgültige Stilllegung vorbereitet werden. In dieser Zeit werden die Brennelemente in das Standortzwischenlager gebracht und die Betriebsstoffe entsorgt, erklärte EnBW-Technikvorstand Thomas Hartkopf. Anschließend werde mit dem Abbau begonnen, der bis 2023 abgeschlossen sein soll. Die EnBW beziffert die Kosten für den Abbau des Meilers auf 500 Millionen Euro.

Quelle: www.swr.de,

Nach Stade in Niedersachsen und dem rheinland-pfälzischen Mülheim-Kärlich (Kreis Mayen-Koblenz) ist Obrigheim der dritte Reaktor,

23. Mai 2005:

Petition gegen UAA Gronau

Der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, Mitglied des BBU, hat bewusst keine Klage gegen den Mitte Februar genehmigten Ausbau der Urananreicherungsanlage in Gronau eingereicht. In der Vergangenheit hat das zuständige

OVG Münster fast immer zugunsten der Atomindustrie entschieden. Demnach hätte auch mit einer neuen Klage trotz schwerwiegenden Sachargumenten kaum eine Aussicht auf Erfolg bestanden. Stattdessen wird erstmals in der Geschichte des UAA-Widerstandes der Petitionsausschuss des Bundestages angerufen. Im

Sommer soll eine sachlich fundierte Petition eingereicht werden, die auch vom BBU unterstützt werden soll.

Mit dem Petitionsantrag soll "eine neue Sandform" in das atomare Getriebe gestreut werden: Weil auch in Gronau die Entsorgung der Uranabfälle ungelöst ist, weil die Anlage ohne Schutz gegen Flugzeugabstürze ausgebaut werden soll und weil der dauerhafte UAA-Betrieb sowie der genehmigte Ausbau der UAA gegen den Geist des Atomausstiegs-Gesetz verstoßen, soll das NRW- Energieministerium auferlegt bekommen, die Genehmigung zum Ausbau der UAA und die früher erteilten Betriebsgenehmigungen aufzuheben. Zudem soll beantragt werden, dass die Düsseldorfer Genehmigungsbehörde das Genehmigungsverfahren zum Ausbau der UAA, incl. Neubau eines "Zwischenlagers" für rund 60.000 Tonnen Uranoxid, neu aufrollt.

Das Genehmigungsverfahren weist nach Auffassung des AKU Mängel auf. Für den Ausbau der UAA und für den Neubau der Uranlagerhalle hätten getrennte Verfahren durchgeführt werden müssen. Außerdem wurde nach Abschluss des Erörterungstermins zum UAA-Ausbau noch die Errichtung eines Erdwalls an der UAA in das Verfahren eingeführt, dessen Bedeutung der Öffentlichkeit hinsichtlich der Radioaktivitätsfreisetzungen aus der UAA und den Uranlagern nicht bekannt ist. Auch die Themen "militärische Aspekte der Urananreicherung" und "Umweltbelastungen durch Uranabbau" sollen in den Petitionstext einfließen. Wer sich der Petition anschließen möchte, kann sich mit dem AKU in Verbindung setzen.

Informationen zur Urananreicherung gibt es im Internet unter www.aku-gronau.de oder telefonisch unter 02562-23125.

18. Mai 2005:

Trittin will unwirksame Billig-Rußfilter fördern

Aus Protest gegen die falsche Förderung von Dieselrußfiltern überreichten Greenpeace-Aktivisten Bundesumweltminister Jürgen Trittin am 18. Mai bei dessen Besuch der Firma Emitec in Lohmar/Nordrhein-Westfalen einen löchrigen und rauchenden Dieselrußfilter. Der Grund für den Protest: Nach dem kürzlich gefassten Kabinettsbeschluss können auch minderwertige und ineffiziente Billigfilter steuerlich gefördert werden. Nur für diese billigen Filter reicht nämlich die Höhe der Förderung, die für die Nachrüstung bereits fahrender Autos vorgesehen ist. Greenpeace verlangt hingegen, nur hochwirksame Dieselrußfilter zu fördern und die Nachrüstung von Gebrauchtwagen innerhalb von drei Jahren verbindlich vorzuschreiben.

"Der Kabinettsbeschluss zu Dieselruß kann die Feinstaub-Belastung deutscher Innenstädte und die Zahl der Dieseltoten kaum vermindern", sagte Günter Hubmann, Diesel-Experte von Greenpeace. "Die Förderung bevorzugt neue Autos mit Filter. Damit subventioniert die Regierung eher die Autoindustrie als die Feinstaubgefahr zu verringern."

Die meisten im Verkehr befindlichen Dieselaautos stoßen bis zu 50 Milligramm Ruß pro Kilometer aus. Greenpeace fordert, den neuen EU-Grenzwert von fünf Milligramm Ruß pro Kilometer nicht nur für Neuwagen, sondern erst recht für Gebrauchtwagen verbindlich vorzuschreiben.

Weitere Infos zu den Greenpeace-Forderungen und zur Russfilterproblematik unter <http://presseportal.de/story.htx?firmid=6343>

27. April 2005:

Blockade Erneuerbarer Energien

In Berlin wiesen kürzlich Vertreter von Umweltverbänden und Unternehmen, darunter auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, darauf hin, dass die Erzeugung von umwelt- und Ressourcen sparenden Strom und Wärme in Deutschland immer noch ein Nischendasein fristet. Schuld an der Blockade der so genannten „Kraft-Wärme-Kopplung“ sei die systematische Marktabschottung durch die dominierenden Stromkonzerne. Die rot-grüne Bundesregierung

habe es in eineinhalb Legislaturperioden nicht geschafft, der kombinierten Erzeugung von Strom und Wärme zum Durchbruch zu verhelfen. Deshalb komme der Klimaschutz trotz großer Erfolge bei der Markteinführung Erneuerbarer Energien kaum noch voran.

Mehr zu den einzelnen Vorwürfen und Forderungen der Umweltverbände an die Politik lesen Sie auf der Homepage des BBU unter:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202005/Pressemitteilung-KWK-27-04-05.pdf>

2. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Wolfgang Guhle zum Stellv. UGA-Vorsitzenden gewählt

Das Bundesumweltministerium hat für weitere drei Jahre 25 Vollmitglieder und 25 Stellvertreter für den Umweltgutachterausschuss (UGA) berufen. Der UGA ist auf der Grundlage des

Umweltauditgesetzes (UAG) ein Partizipationsgremium, das seit 1995 das auf der Basis der EG-Ökoauditverordnung betriebene Umweltmanagementsystem EMAS in Deutschland steuern und entwickeln soll. Der UGA setzt sich aus 5 gesellschaftlichen Interessensbänken zusam-

men: Wirtschaft (6), Umwelt- und Wirtschaftsverwaltungen von Bund und Ländern (9), Umweltgutachter (4), Gewerkschaften (3), Umweltverbände (3). Seit Gründung des UGA sind die Umweltverbände durch die Verbände BBU, BUND, DNR und NABU vertreten.

Wolfgang Guhle (57), Diplom-Volkswirt und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU, wurde für die IV. Berufungsperiode des UGA von den Umweltverbänden zum Stellv. Vorsitzenden vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Die Umweltverbände setzen sich im Umweltgutachterausschuss beim BMU u.a. dafür ein, dass das von einem unabhängigen Umweltgutachter geprüfte Umweltmanagementsystem EMAS seine prinzipiell qualitativ höheren Anforderungsgrundlagen gegenüber dem konkurrierenden weltweiten Umweltmanagementsystem ISO 14001 erhält und erweitert. Dabei dürfen besonders die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche EMAS-Teilnahme, die Legal Compliance (Überprüfung der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften) und der Öffentlichkeitsbezug von EMAS (Verpflichtung zur Veröffentlichung und Zugänglichkeitsmachung der geprüften Umweltklärung) nicht reduziert werden. Die Umwelt-

BBU und BUND Hessen fordern Konsequenzen gegenüber der Kraftwerksleitung des AKW Biblis

Der hessische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) kritisieren, dass die Kraftwerksleitung des AKW Biblis zum wiederholten Mal gegen die atomgesetzlichen Meldepflichten verstoßen hat. In der öffentlichen Sondersitzung des Umweltausschusses des Hessischen Landtages am 03.05.05 ist deutlich geworden, dass erst 18 Tage nach dem Vorkommnis vom 21. März 2005 - beim Abfahren von Block A des AKW Biblis ist eine Messung bei der Füllstandsabsenkung des Reaktorkühlkreislaufs nicht rechtzeitig durchgeschaltet worden - die hessische Atomaufsicht über das Vorkommnis informiert worden ist.

Eduard Bernhard, energiepolitischer Sprecher des BBU: "Erneut hat die Kraftwerksleitung ihre nach Atomgesetz zwingend erforderliche Zuverlässigkeit vermissen lassen. Es wäre für mich unverständlich, wenn zwar der für das Vorkommnis verantwortliche Schichtleiter vom Dienst

verbände sehen die Bedeutung von EMAS für den betrieblichen Umweltschutz vorrangig in dessen kontinuierlichen Verbesserung. Nach ihrer Ansicht bietet EMAS weder, von konkreten begründeten Einzelfällen abgesehen, eine ausreichende Grundlage für den Fortfall behördlicher Überwachung (Deregulierung), noch stellt EMAS eine generelle ökologische Unbedenklichkeitsbescheinigung für Produktionsverfahren und Produkte dar. Angesichts einer geringen und seit Jahren stagnierenden Anwendungsbreite von rund 2000 Organisationen in Deutschland kann nach Meinung der Umweltverbände das freiwillige EMAS-System als Selbstregulierungsinstrument der Wirtschaft auch nicht die notwendige Weiterentwicklung des Ordnungsrechtes im betrieblichen Umweltschutz ersetzen.

Weitere Informationen über die Homepage des UGA: www.uga.de

Darüber kann auch der vierteljährlich erscheinende Newsletter EMAS-Aktuell bezogen sowie der detaillierte Tätigkeitsbericht des UGA III heruntergeladen werden.

suspendiert wird und die Atomaufsicht gegen ihn ein Ordnungswidrigkeitsverfahren einleitet, aber auf Konsequenzen gegenüber dem Atomkraftwerksbetreiber verzichtet. Ich erwarte von Umweltminister Dietzel, dass er sich beim Betreiber RWE für die Absetzung des Leiters des Atomkraftwerkes Biblis, Dr. Lauer, einsetzt. Von Bundesumweltminister Trittin erwarte ich, dass er Dr. Lauer aus der Reaktorsicherheitskommission (RSK) abberuft."

BBU und BUND erinnern daran, dass es im AKW Biblis bereits mehrfach schwerwiegende Störfälle und Vorkommnisse gegeben hat, die nach Auffassung der Verbände Verstöße gegen das Atomgesetz, die Strahlenschutzverordnung und die Sicherheitsauflagen darstellen. Als Beispiele benennen BBU und BUND den erst nach 27 Jahren entdeckten Riss in einer Schweißnaht im Bereich der Verbindung des Not- und Nachkühlsystems zum Reaktorkühlkreislauf im Jahr 2000, die Verstöße gegen die Vorschriften des Betriebshandbuchs bei Instandhaltungsmaßnahmen in 2002 oder den in 2003 festgestellten ungenehmigten Betrieb des AKW Biblis A im Bereich der Sumpfsiebe.

3. Aus den Fachbereichen

• Innenraumschadstoffe

Neue Prüfung für Baustoffe auf Gesundheitsverträglichkeit

Der durchschnittliche Bundesbürger verbringt nach einer Studie der WHO mehr als 80% seiner

Lebenszeit in Innenräumen. In diesem Umfeld ist er ca. 30000 Chemikalien, die in Baustoffen Verwendung finden, ausgesetzt. Organische und anorganische Verbindungen in den Baustoffen

gelangen durch Abrieb oder Ausgasung in die Innenraumluft. Von den 30000 Chemikalien sind nach Angaben der Bundestagsfraktion der Grünen (01/2004) „30 auf die gesundheitliche Wirkung bei den Menschen geprüft“. Würde in diesem Tempo so weiter gearbeitet, so wäre die Altstoffbewertung frühestens in 3000 Jahren abgeschlossen.

Ein weiterer Konflikt ergibt sich aus der immer weiter zunehmenden Isolierung der Gebäude im Sinne der Wärmeschutzverordnung und der dadurch verbundenen Einkapselung der ungeprüften Schadstoffe. Ebenso wird durch die immer geringere Lüftungsrate die Schimmelbildung erheblich gefördert. Fungizide wie z.B. in Gipsputzen sollen der Schimmelproblematik entgegenwirken.

Die Europäische Union hat zwischenzeitlich diese massiven Defizite in der Bewertung von „Dangerous substances - Gefährliche Stoffe“ in Baustoffen erkannt und verspricht rasches Handeln. Über die europäische Normung beabsichtigt die EU eine Prüfpflicht der 30000 Chemikalien. Aufgrund des enormen Ausmaßes wird nach EU-Angaben eine derartige Prüfung jedoch frühestens im Jahre 2009 abgeschlossen sein. Diese Zeitspanne erscheint aus der Sicht des BBU nicht realistisch.

Das gesetzliche Regelwerk, die EWG Bauproduktenrichtlinie 89/106/EWG, wurde im wesentlichen Punkt 3 - Hygiene und Gesundheit - nie umgesetzt. Aus dieser Richtlinie hätte sich seit 1989 eine Kontrollpflicht von Chemikalien unter Vorsorgekriterien ergeben.

Andere wesentliche Anforderungen wie die Wärmeschutz-, Schallschutz- und Brandschutzverordnung hingegen sind aus diesem Regelwerk umfassend umgesetzt worden.

In Deutschland soll diese Prüfung dem DIN (Deutsches Institut für Normung) übertragen werden. Normenarbeit wird damit de facto Gesetzgebungsarbeit. In der bisherigen Praxis war die Normung trotz des Konsensprinzips aller betroffenen gesellschaftlichen Kreise jedoch sehr stark durch die Interessen der Hersteller geprägt. Wie der Staat an dieser Stelle seiner Aufsichtspflicht nachkommen wird, ist derzeit nicht geregelt. Durch die Normungsarbeit sollen 800 neue Produkt- und 200 Prüfnormen die potenziell kritischen Auswirkungen von Baustoffen (z.B. Holzwerkstoffen, Bodenbeläge, Klebstoffe, Estriche, Putze u.a.) auf die Innenraumluft, den Boden und das Grundwasser untersucht werden. Zwei Beispiele hierzu:

- In Deutschland werden jährlich ca. 500 Millionen m² Spanplatten hergestellt. Werden diese z.B. als Formaldehydfrei/arm deklariert, so ist nicht sichergestellt, dass das Acetaldehyd, das durch das Hinzufügen eines Atoms aus Formaldehyd entsteht, gesundheitlich unbedenklicher ist. Die Deklaration Formaldehydfrei ist chemisch gesehen jedoch richtig.

- Europaweit werden nach Angaben der Industrie etwa 2000 Millionen m² Fußbodenbeläge hergestellt. Die Klebstoffe hierfür ergeben erhebliche Probleme.

So wollte zum Beispiel das Umweltbundesamt im November 2004 ihren Öko-Prestigebau in Dessau beziehen, der sich insbesondere durch eine schadstoffarme Bauweise auszeichnen sollte. Kurz vor dem Bezug wurden jedoch Schadstoffe in Form von Naphtalinen im Fußbodenkleber festgestellt. 2000 m² Fußböden wurden daraufhin im letzten halben Jahr wieder herausgerissen.

Karl-Jürgen Prull, BBU AG Innenraumschadstoffe und Gesundheit

k.j.prull@bbu-bonn.de

• Anti-Atom

19. Jahrestag der Tschernobylkatastrophe: BBU bekräftigt Forderung nach sofortiger Stilllegung aller Atomanlagen

Anlässlich des 19. Jahrestages der Tschernobylkatastrophe (26.04.1986) hat der BBU seine Forderung nach der sofortigen Stilllegung aller Atomanlagen bekräftigt. Dazu beklagte BBU-Sprecher Eduard Bernhard, der 1989 mit einer Studien-Kommission das vom Tschernobyl-Fall-out betroffene ukrainische und weißrussische Gebiet bereiste, die Folgen des Supergaus mit ca. 10.000 Toten (hauptsächlich Liquidatoren), ca. 120.000 strahlenkranken Kindern, ca. 200.000 Evakuierten und ca. 100.000 noch zu Evakuierenden.

Eduard Bernhard hierzu in einer BBU-Pressemittteilung zum Tschernobyl-Jahrestag:

"Angesichts der gravierenden Auswirkungen eines Super-GAUs auf Menschen und Umwelt, deren schreckliches Ausmaß uns allen seit der Katastrophe in Tschernobyl vor Augen ist, muss sofort ausgestiegen werden. Auch in Deutschland kann sich jederzeit ein atomarer Unfall ereignen. Die Risiken der Atomkraftnutzung sind unbeherrschbar, die Atomkraftnutzung ist grundrechtswidrig."

Der BBU kritisierte zum Tschernobyljahrestag, dass in Deutschland Atomkraftwerke und weitere Atomanlagen (z.B. in Jülich, Lingen und Garching) noch lange am Netz sein werden, trotz unbeherrschbarem Gefahrenpotential. Auch ein Schutz gegen Sabotage und Flugzeugabstürze ist nicht gegeben. Es gibt zudem radioaktive Dauerbelastungen, die von allen Atomanlagen

bereits im so genannten "Normalbetrieb" ausgehen. Weiterhin betonte der BBU, dass die Entsorgung des Atommülls noch immer nicht geklärt ist. Dies wird auch bei den geplanten Abrissen des AKW Mülheim-Kärlich und des AKW Stade deutlich, bei deren Abriss ein enormes radioaktives Müllvolumen anfallen wird. Der BBU ruft zum massiven Ausbau der alternativen Energien auf, verbunden mit der Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze. Die Basis von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird gefordert, entschlossen gegen den im Atomkonsens festgeschriebenen Weiterbetrieb von Atomkraftwerken, Forschungsreaktoren und Uranfabriken zu opponieren und demonstrativ gemeinsam mit den Anti-Atomkraft-Initiativen auf die Straße und vor die Atomanlagen zu gehen.

Weiterhin ruft der BBU dazu auf, nach wie vor Hilfsprojekte für Tschernobyl-opfer zu unterstützen und im privaten Bereich einen Stromanbieter zu wählen, der atomstromfreien Strom anbieten, z. B. das Schönauer Unternehmen EWS, mit dem der BBU e.V. eine Kooperation vereinbart hat. Mit Nachdruck fordert der BBU ein Transportverbot für die zahlreichen Urantransporte von der Gronauer Uranfabrik nach Russland. Der BBU weist darauf hin, dass der vermeintliche Atom-Konsens die Urantransporte und die Uranverarbeitung ausgeklammert hat. So kann in Gronau weiterhin Uran an- und abgereichert werden, das dann in anderen

Atomanlagen in aller Welt zum Einsatz kommt. Auch die drohenden Castor-Transporte von Dresden-Rossendorf nach Ahaus stoßen beim BBU auf Widerstand. Heftig kritisiert wurde auch der Castortransport, der am 27. April, also einen Tag nach dem Tschernobyl-Jahrestag, das AKW Stade Richtung Frankreich verlassen hat.

Hohe Bedeutung hat für den BBU die unerschrockene Arbeit der Anti-Atomkraft-Initiativen an den Standorten der Atomanlagen, in den Städten und entlang der Atom-Transportwege. Rund um den Tschernobyl-Jahrestag gab es in verschiedenen Regionen Tschernobyl-Gedenkveranstaltungen und Protestaktionen gegen Atomanlagen und Atomtransporte, z. B. in Ahaus, Gronau, Obrigheim, Neckarwestheim, Hamm und Hamburg, aber auch in Österreich, in den Niederlanden und anderswo.

Bereits jetzt beschäftigt sich der BBU-Vorstand mit der Frage, welche Aktionen zum 20. Tschernobyl-Jahrestag im April 2006 durchgeführt werden können. Initiativen, die schon konkrete Ideen haben, sollten diese unverzüglich der BBU-Geschäftsstelle mitteilen.

Nähere Informationen über die Stromwechsel-Kampagne des BBU gibt es auf der Homepage des BBU.

Udo Buchholz, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstand

4. Lesenswertes

Hinweis in eigener Sache: Der BBU e.V. weist darauf hin, dass wir für die Inhalte der hier vorgestellten Informationsmaterialien anderer Organisationen, Behörden und Verbände nicht verantwortlich sind.

Verlag für Gesundheitsförderung:

Wegweiser Gesundheitsförderung



Im Dezember 2004 ist die 4. Auflage des „Wegweiser Gesundheitsförderung“ (vormals „Gesundheitswegweiser“) erschienen. In der aktualisierten Ausgabe stellen sich 220 überregionale Fachinstitutionen vor und informieren über ihre Struktur, Aufgabengebiete und Ziele. Weiterhin gibt der Ratgeber Auskunft über Anlaufstellen, Beratungsangebote und Fortbildungsmöglichkeiten im Gesundheitsbereich.

Schwerpunkte des Ratgebers sind die Themengebiete Aids, Allergien, Arbeit, Behinderte, Drogen/ Sucht, Ernährung, Krebs, Selbsthilfe und vieles mehr. Die meisten in diesem Buch vorgestellten Institutionen befassen sich schwerpunktmäßig mit der Gesundheitsförderung und gesundheitlichen Prävention.

Weiterhin enthält der „Wegweiser Gesundheitsförderung“ so genannte Bereichsbeschreibungen. Dazu zählen Berufsgenossenschaften, öffentlicher Gesundheitsdienst, gesetzliche Krankenversicherungen u.a., deren Arbeitsweise und Angebote ausführlich dargestellt werden.

Ein Nachschlagewerk für alle, die in der Gesundheitsförderung tätig sind oder sich intensiver mit den verschiedenen Themenbereichen beschäftigen möchten.

Wegweiser für Gesundheitsförderung: Fachinstitutionen der Gesundheitsförderung und Prävention, ihre Aufgaben und Angebote, 4. aktualisierte und erweiterte Auflage, ISBN 3-929798-35-2, Verlag für Gesundheitsförderung, Fon: 09348/1381 oder G.Conrad.Verlag@t-online.de, 15,70 €.

5. Termine auf einen Blick

Wann?	Was?	Wo?	Info
25.-29.05.05	30. Deutscher Evangelischer Kirchentag mit <i>BBU-Infostand</i>	Hannover	Infos zu Projekten und Veranstaltungen unter www.kirchentag.de
27.-29.05.05	Gentechnik auf dt. Feldern im Diskurs (Tagung)	Bonn	Infos zu Anmeldung &Anreise unter www.ev-akademie-rheinland.de
03.06.05	„Energiepolitik der Zukunft - und das nukleare Erbe.“ Jahrestagung des Ökoinstituts	Freiburg	Das komplette Programm und weitere Informationen unter www.oeko.de/jahrestagung.htm
09.-10.06.05	9. Pilztagung des VDB (Berufsverband Dt. Baubiologen)	Hamburg	Infos beim VDB unter Tel.: 04181 - 20 39 450 oder www.baubiologie.net
19.06.05	MoA – Mobil ohne Auto	Bundesweiter Aktionstag	Anmeldung von Aktionen & eine Übersicht der Aktionsorte unter: www.mobilohneauto.de

6. Hilfreiche Tipps

Handys für den guten Zweck:

Wohin mit dem alten Handy, wenn es nicht mehr dem neusten Trend entspricht? Viele Mobilfunkanbieter und Netzbetreiber haben das Problem erkannt: In Sammelaktionen können Handybesitzer ihre alten Geräte jetzt kostenfrei abgeben – und zwar für einen guten Zweck: Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) spendet, zusammen mit der Gesellschaft zur

Rettung der Delfine (GRD) und T-Mobile, für jedes gesammelte Handy 5 Euro, die zur Finanzierung eines Delfin- und Meeresschutzprojekts in Mosambik eingesetzt werden. Die Geräte werden umweltgerecht und zertifiziert entsorgt oder einer Weiterverwendung zugeführt. Dadurch sollen Deponien und Müllöfen entlastet und gleichzeitig wertvolle Ressourcen gespart werden. Näheres hierzu

im Internet auf der Homepage: <http://www.inside-handy.de/news/2992.html>.

Auch die Caritas sammelt, in Zusammenarbeit mit der Firma Mobile Collect, alte Handys ein. Für jedes Gerät gehen je drei Euro an Not leidende Kinder. Mehr Informationen hierzu finden Sie unter www.caritas.at oder www.handy4held.at.

Anmerkung der Redaktion: Die fachgerechte Entsorgung von Mobiltelefonen mit einem guten Zweck als Anreiz ist sicherlich eine sinnvolle Sache. Dennoch möchten wir darauf hinweisen, dass der Bericht nicht dazu anregen soll, sich nach Entsorgung des alten Gerätes ein neues anzuschaffen, wenn dazu kein wirklich dringender Grund vorliegt.

Hinweis in eigener Sache: In der letzten Ausgabe (Newsletter 04) ist uns ein kleiner Fehler passiert. Der Link zu der neuen Homepage der **Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen** wurde leider falsch abgedruckt und konnte daher nicht geöffnet werden. Die Homepage ist unter der Adresse www.badisch-elsaessische.net erreichbar.

7. Impressum

BBU-Newsletter Nr. 05/ 05

Herausgeber: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn

Redaktion: Saskia von der Burg, Udo Buchholz

Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn

Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Post) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Interessierte **Nicht-Mitglieder können den Newsletter per E-Mail (Jahresabo: 12,- Euro) abonnieren**. Bestellungen bitte schriftlich und gegen Vorkasse (Überweisung oder Scheck) an: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn.

Tel.: 0228/214032, Fax: -33. Bankverbindung: Sparkasse Bonn (BLZ) 38050000, (KTN) 19001965.

Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster **Redaktionsschluss ist der 16. Juni 2005**. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden bevorzugt veröffentlicht.

E-Mail-Adresse der Redaktion: bbu-newsletter@bbu-bonn.de.